



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 470
Fernsprecher 24831 - 33
Fernschreiber 0896690

P/XIII/230 - 9. Oktober 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 3	Zum Tode Pius XII. Von Willi Biehler Mitglied des Parteivorstandes	97
4 - 5	Hilfe für Asien Zur Konferenz der Weltbank in Neu-Delhi	70
6	USA Schützenhilfe für Strauß Unzulässige Einmischung in den Streit um Wehrdienstverlängerung	49
7 - 8	Schwache Regierung - starke Opposition BP hat in Wien nichts zu sagen	70

* * * * *
* * * * *

Zum Tode Pius XII.

Von Willi Eichler,
Mitglied des Parteivorstandes

Mit dem Tode Pius XII. verliert die katholische Kirche einen ihrer größten Päpste und die Menschheit eine ihrer größten Persönlichkeiten. Wie ist es zu erklären, daß die Trauer um diesen außerordentlichen Menschen so allgemein ist? Wäre es nicht verständlich, wenn sein strenges und unbeugsames Wirken für die Kirche ihn den Blick verstellte für die Dringlichkeit der Sorgen derer, die nicht seiner Kirche, seinem Glauben anhängen, also seine spezifische Aufgabe anders einschätzen als er selber, und die ihn deshalb fernerstanden? Und wenn sich daraus bei ihnen ein Gefühl der Distanz ergeben hätte, das zwar der Achtung einer großen Leistung fähig wäre, die man jeder bedeutenden Persönlichkeit schuldet, das aber nicht die allgemein-menschliche Zustimmung erklären könnte, deren sich Papst Pius XII. erfreute?

Schon bei seiner Wahl zum Papst, vor nahezu zwanzig Jahren, zeigte sich bei denen, die ihn zu wählen hatten, die außerordentliche Schätzung, deren er sich erfreute. Der damalige Kardinal-Staatssekretär Eugenio Pacelli wurde in außerordentlich kurzer Zeit und mit einer Stimmenzahl gewählt, die nicht häufig erreicht wurde. Das in ihm gesetzte Vertrauen erwies sich als begründet.

Die ungewöhnliche Größe Pius XII. liegt darin, daß er ein Höchstmaß an Strenge in seinem hohen Priesteramt verband mit einem Höchstmaß an Bereitschaft, politische Realitäten richtig, das heißt illusionslos einzuschätzen und mit ihnen umzugehen. Und dieser Realismus war nicht, wie oft und bei vieler, ein Mitnehmen von Gelegenheiten - er beruhte auf der Erkenntnis, daß die Gestaltung des öffentlichen Lebens, die Politik, in einer pluralistischen Welt einen Wert darstellen kann, auch wenn sie nicht spezifisch katholisch, wohl aber allgemein nach Grundsätzen der Vernunft, der Moral und des Rechts erfolgt. Dieser Wert ist schutzwürdig - Pius XII. hat es nie klarer ausgesprochen als in seiner Ansprache an die Pax Romana, die Internationale Vereinigung Katholischer Akademiker, die er warnte, die notwendige innerkirchliche Geschlossenheit, ja Abge-

9. Oktober 1958

geschlossenheit zu übertragen auf die gesamte Welt, auf die Beziehungen zu den Nicht-Katholiken.

In Wahrheit bedingt das eine das andere. Nur wer sich und seine Glaubensgemeinschaft absolut gefestigt weiß, kann sich erlauben, offen und unbefangen und ohne Sorge auch denen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, die nicht zu dieser Gemeinschaft gehören. Die souveräne Sicherheit dieser Haltung hat oft Politiker und auch manche katholische Gläubige unsicher werden lassen bei bestimmten Entscheidungen des Papstes.

So hat er die Ruhe behalten angesichts der Forschung nach der Abstammung des Menschen und der modernen Physik und hat in einer Rede vor den italienischen Hebammen den Gefahren einer regellosen Geburtenhäufigkeit ins Auge gesehen - in diesen Dingen "unpäpstlicher" als manche, die sich päpstlicher benehmen zu sollen glaubten. Er hat die Hilfe für die Entwicklungsländer moralisch gesehen als Verpflichtung den Menschen gegenüber, politisch als Abwehr des Kommunismus und eines sich überschlagenden Nationalismus - und vielleicht als spätere Erleichterung katholischer Missionstätigkeit, die dann unter Umständen die Krönung dieser weitschauenden Politik darstellen würde.

Der Papst hat es für eine Pflicht der Regierungen erklärt, die Tests mit Wasserstoffbomben einzustellen, die Atomwaffen zu bannen und allgemein abzurüsten - nur diese drei Bedingungen zusammen könnten den Frieden sichern. Eine seiner Weihnachtsansprachen wurde von anderen aus Propagandagründen verdreht in ein Verbot der Wehrdienstverweigerung - er hat es nicht ausgesprochen.

Den Weg seiner Kirche ebnete er konsequent. Übertriebenen Erwartungen der Una-Sancta-Bewegung trat er brüsk entgegen. Den Augsburger Religionsfrieden von 1555 hielt er als politischen Akt der katholischen Staatsmänner für gerechtfertigt (weil es um Sein oder Nichtsein der Kirche ging), er sah aber in diesem Bruch der religiösen Einheit ein Verhängnis, das nur abgewendet werden könne, wenn die europäische Kultur "unverfälscht christlich und katholisch sein" würde, "wenn sie nicht verzehrt werden sollte vom Steppenbrand des Materialismus".

Pius XII. ist insbesondere den Deutschen verbunden gewesen. Er hat jahrelang als päpstlicher Nuntius dieses Volk aus nächster Nähe kennen-

9. Oktober 1958

gelernt. Und er hat bei unzähligen Gelegenheiten, auf Katholikentagen, bei öffentlichen Anlässen, in Botschaften und in Ansprachen der Delegationen in Deutschland und in Rom gezeigt, daß er für das Schicksal dieses Volkes, auch in seiner schwärzesten Zeit, in seiner Verstrickung mit dem Nationalsozialismus und in seiner Not nach dem Zusammenbruch, in seiner Spaltung und im Elend seiner Vertriebenen, ein offenes Herz und eine bereite Stimme hatte. Wir schulden ihm als Deutsche dafür Dank.

Als Staatssekretär schloß Papst Pius XII. das Reichskonkordat mit Hitler ab. Wußte er damals, daß er damit Hitler eine Trumpfkarte im europäischen Spiel in die Hand gab? Er war beim Abschluß des Konkordats mit Preußen, wo sein Gegenspieler Otto Braun war, den er menschlich schätzte, unbefriedigt geblieben, weil die Schulfrage darin keinen Platz gefunden hatte. Er hatte erklärt, ohne deren Regelung könne er sich mit dem Konkordat nicht in Rom sehen lassen. Otto Braun hatte dagegen gesagt, er könne mit einem Schulparagraphen im Konkordat nicht vor das Parlament treten. Und mit diesen beiden brieflichen Feststellungen wurde das Preußenkonkordat genehmigt. Der Nuntius wußte, daß politisch nicht mehr zu erreichen war. Bei Hitler ergab sich die nie wiederkehrende Chance eines Reichskonkordats, das gleichzeitig den Versuch darstellte, die Rechte der katholischen Gläubigen im Dritten Reich zu schützen. Später (am 19.7.1947) sagte Papst Pius XII. darüber: "Unter dieser Rücksicht betrachtet, hat sich das Reichskonkordat vom Jahre 1933... trotz allem mehr gelohnt, als irgendeiner der damals Beteiligten hätte voraussetzen können. Es ist den Katholiken zwar in Verlauf der folgenden Jahre Stück um Stück jener Kampfesstellung verlorengegangen, aber das Verbleibende hat genügt, daß sie sich im wesentlichen durchkreteten."

Die machtvolle Persönlichkeit des Papstes prägte sich jedem unauslöschlich ein, der ihn in seinem hohen Amt zu sehen Gelegenheit hatte. Ob auf Katholikentagen, bei Empfängen oder in der Peterskirche in Rom - er gab den Veranstaltungen ein Relief, seltener sie ihm. Nicht nur die katholischen Gläubigen trauern um Pius XII. Es gab kleine Päpste und große. Dieser war ein Großer.

+ + +

Hilfe für Asien

H.E.D. - Indiens Ministerpräsident Pandit Nehru hat in einer Ansprache an die Delegierten der Konferenz der Weltbank und des Internationalen Währungsfond in Neu-Delhi um eine großzügige und schnelle Hilfe der Industrie-Nationen für den Aufbau der asiatischen Volkswirtschaften gebeten. Diese Rede war ihrem Inhalt nach nicht ungewöhnlich, wohl aber war es die Form, in der sie gehalten wurde. Denn hier wurde für die Weltöffentlichkeit zum ersten Male deutlich, welche wirtschaftliche, politische und menschliche Problematik in den weiten Räumen des asiatischen Kontinents angehäuft ist, und wie sehr die Zeit drängt, will man nicht Zeuge einer gewaltigen Eruption werden, die wohl keinen Staat, kein Land und kein Volk auf dieser Erde verschonen würde.

Mit Recht hat der indische Ministerpräsident darauf hingewiesen, daß die eigentliche Scheidung der Welt nicht - wie fälschlich immer wieder betont wird - an der politischen und ideologischen Grenzlinie zwischen kommunistischen und nicht-kommunistischen Staaten verläuft, sondern im Vorhandensein von industriell ausgerichteten Ländern auf der einen Seite und von industriell "rückschrittlichen" Ländern auf der anderen Seite besteht. Man wird sich in Europa und in den Vereinigten Staaten kaum vorstellen können, wie wenig ideologische oder geistig-politische Konflikte die asiatischen Massen berühren, wie wenig weltanschauliche Konzeptionen und aus der europäischen Tradition erwachsene Wertvorstellungen in Indien, in Indonesien, im ganzen asiatischen Raum eine Rolle spielen. So ist der zur Schau getragene Anti-Kommunismus einiger Länder in Südostasien auf einige Kreise der Regierung beschränkt und dient auch dort in vielen Fällen nur als Vorwand, um wenigstens eine Hilfsmaßnahme des Westens herauszuwickeln zu können. Nicht die abgefeimte Tücke solcher Regierungen zwingt dazu, sondern die nackte Not, die Sorge, wie ein Existenzminimum der von Jahr zu Jahr anwachsenden Bevölkerungen zu bewirken ist.

Es ist nur zu offensichtlich, daß hier kurzfristige Hilfsmaßnahmen und mit militärischen Bedingungen geknüpfte finanzielle Subsidien nichts ausrichten werden. Aus diesem Grunde muß mit Offenheit und mit aller Sorgfalt an die Aufgabe herangegangen werden, dieses Problem - nämlich der Kampf von hunderten von Millionen Menschen in Asien um nacktes Überleben - als eine Aufgabe aller Industrie-Nationen anzusehen.

Es ist bekannt, wie sehr gewisse Länder und Regierungen vor der Bewältigung dieses Problems zögern, wie sehr eigene wirtschaftspolitische Vorstellungen eine zügige Hilfe verhindern. Seit Jahren kämpfen einige einsichtige Planer im amerikanischen Außenministerium um die Entwicklung und Verwirklichung einer langfristigen Wirtschaftshilfe für Asien. Leider haben Kreise der amerikanischen Privatindustrie sich diesem Anliegen verschlossen, weil nach ihrer Ansicht diese Sache "kein Geschäft" sei. Natürlich ist mit dem Hunger von Millionen kein Geschäft zu machen, jedenfalls nicht im wirtschaftlichen Sinne, und zumindest nicht sofort. Aber wahrscheinlich stürzten sich echte und auf lange Sicht geplante Investitionen besser und auf einer anderen Ebene "auszahlen" als einige kurzfristigen Dividendenausschüttungen könnten.

Bundeswirtschaftsminister Professor Erhard hat in Erwiderung auf die Rede Nehru in Neu-Delhi sich bemüht gefühlt, einige Lektionen in bundesrepublikanischer Marktwirtschaft zu erteilen und gefordert, man sollte doch ruhig die indische Wirtschaft einmal marktpolitischen Grundsätzen unterwerfen. In einem Augenblick, da Indien gerade unter Nachwirkungen großer Hungerkatastrophen zu kämpfen hat, ist eine solche Äußerung mehr als geschmacklos, sie ist beleidigend, und sie verrät nur allzu deutlich den kümmerlichen Stolz, Vertreter einer Nation zu sein, "die es eben industriell und wirtschaftlich geschafft" hat.

Wahrscheinlich ist es dem deutschen Wirtschaftsminister nicht aufgegangen, daß die von ihm in der Bundesrepublik so oft praktizierte "Belebung der privatwirtschaftlichen Initiative" dort versagen muß, wo dieser Sektor der Wirtschaft kaum vorhanden und auch nicht in der Lage ist, solche Mammutprojekte überhaupt durchzuführen. Der Zauberschlüssel der "sozialen Marktwirtschaft", welcher schon im Ursprungsland des Öfteren die Probleme nicht zu lösen vermag, ist in Asien gewiß fehl am Platze, wie es denn überhaupt sinnlos ist, vor dem Berg solcher Probleme noch den Streit zwischen staatlicher und privater Initiative zu beschwören. Nehru hat dies nicht getan. Er hat von der Explosion gesprochen, die droht. Ist Herrn Erhard der Unterton dieser Worte nicht aufgegangen? Hat er nicht verspürt, daß im Augenblick zwei Formen um die Seele des asiatischen Menschen ringen: das chinesische Modell und das indische Beispiel? Versagt Indien, weil wir uns nicht in der Lage glauben, wirksam helfen zu können, dann wird Peking siegen, und Herr Erhard kann seine Marktwirtschaft getrost wieder mitnehmen, aus Asien weg, vielleicht aber auch aus Europa.

USA Schützenhilfe für Strauß

sp - Die Taktik, mit der der Bundesverteidigungsminister die Durchsetzung seiner Nah- und Fernziele anstrebt, ist allmählich zu durchsichtig geworden, als daß sie noch ernsthafte Erfolge erzielen könnte. Das aktuelle Musterbeispiel für diesen hohen Abnutzungsgrad, der dem Minister offensichtlich noch nicht bewußt worden sein dürfte, ist die mit der bei ihm üblichen und allmählich unerträglich gewordenen Vehemenz vorgetragene Forderung nach Verlängerung der Grunddienstzeit der Wehrpflichtigen - zunächst durch Vorziehung späterer Reserveübungen - von 12 auf 15 Monate. Strauß hat für diesen Gedanken, der gewisse Schwierigkeiten, die wie überall auch hier aufgetreten sind, durch die für die Militärbürokratie bequemste Regelung aus der Welt schaffen möchte, nicht einmal in seinen eigenen Parteilinien, weder bei der CDU, noch auch bei der CSU, Zustimmung gefunden. Wo es hier nicht die sachlichen Argumente sind, die gegen den Strauß-Plan sprechen, da ist es das Unbehagen über die ungewügelte Forscheit, mit der Strauß bestimmte Vorstellungen, die man zu einem späteren Zeitpunkt und in Übergängen verwirklichen möchte, jetzt schon hinausposaunt. Das "Genie mit Elbogen", als das der langjährige Berliner US-Rundfunkreporter Hottelot Herrn Strauß, der, so berichtet Hottelot, sich heute schon als der Bundeskanzler von morgen fühlt, soeben der amerikanischen Öffentlichkeit vorstellt, ist ohne Zweifel auch sehr vielen seiner Parteilfreunden schon bedenklich geworden.

Da es sich aber bei dieser Auseinandersetzung bis jetzt um eine innerdeutsche Angelegenheit gehandelt hat, soll dem Minister seine Kampagne unsofern unverwehrt sein, zumal er sie mit seiner abgetrauchten Taktik führt. Eine ganz andere Bedeutung aber erhält der Strauß-Vorstoß, wenn der Minister in diese, auch nach den NATO-Bestimmungen ausschließlich bundesrepublikanische Frage, ausländische Schützenhelfer eingreifen läßt. Der Unterstaatssekretär im US-Armeeministerium, Dewey Short, der zurzeit eine Inspektionsreise durch die NATO-Staaten unternimmt, erklärte nämlich am Dienstag in Erlangen, daß die Wehrdienstzeit bei der Bundeswehr zu kurz sei, um einen befriedigenden Ausbildungsstand zu gewährleisten.

Diese Meinung mag sich Mr. Short, was ihm unbenommen bleiben soll, privat oder dienstlich gebildet haben, genau so, wie wir Deutsche auch unsere selbständigen Ansichten über die US-Army haben. Mr. Short ist aber über seine Befugnisse als US-Unterstaatssekretär so weit hinausgegangen, daß ihm öffentlich seine absolute Unzuständigkeit in dieser rein innerdeutschen Angelegenheit testiert werden muß. Es ist uns bis zur Stunde nicht bekannt, daß ein amerikanischer Unterstaatssekretär das Recht, die Aufgabe und die Befugnis hat, der Öffentlichkeit, dem Parlament und den Regierungsbehörden der Bundesrepublik "Ratschläge" dieser Art zu geben, die erstens ein unzulässiger Eingriff in innerdeutsche Auseinandersetzungen sind und zweitens durchaus den Charakter einer Pression haben können.

Die Washingtoner Vorgesetzten des Mr. Short sollten die nächste Gelegenheit wahrnehmen, um ihm rasch und mit der notwendigen Entschiedenheit zu bedeuten, daß der deutschen Öffentlichkeit, gleichgültig in welchen Parteilager sie steht, derartige oberhonorarliche Schaustellungen fehl am Platze erscheinen und unerwünscht sind. Dasselbe sollte Herr Strauß sich und seinen Partnern im Pentagon sagen.

Schwache Regierung - starke Opposition

mu. - Am 27. Oktober werden die neu gewählten 69 Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtages im Plenarsaal des Kieler Landeshauses hinter den Kastanienbäumen an der Förde zu ihrer konstituierenden Sitzung zusammentreten. Am 28. September hatte die Bevölkerung im Norden 33 Abgeordnete der CDU, 26 der SPD, 5 des BHE, drei der FDP sowie zwei des SSW in den Landtag gewählt. Diese Parlamentarier werden jetzt vier Jahre lang über die Geschicke des Landes bestimmen.

Zwischen CDU und FDP ist eine Koalition gebildet worden, die mit 36 gegen 33 Parlamentarier regieren muß. So knapp ist eine Regierungsmehrheit in Schleswig-Holstein noch nicht gewesen. Sie wird noch geringfügiger, wenn man die Zusammensetzung der Landtagsausschüsse in die Betrachtung einbeziehen würde.

Ministerpräsident von Hassel (CDU) hat bereits zu verstehen gegeben, daß er sein Kabinett in der bisherigen Zusammensetzung beibehalten will. Ihm würden dann außer den vier CDU-Ministern auch weiterhin der kürzlich vom BHE zur CDU übergewechselte Finanzminister Schaefer, die kürzlich aus dem BHE ausgetretene Frau Ohnesorge (Soziales) und als einziger Angehöriger einer anderen Partei Justizminister Leverenz von der FDP angehören. Es kann bereits jetzt gesagt werden, daß in der neuen Regelung die CDU und sonst niemand das Sagen haben wird.

Diese CDU wird sich aber einer sehr starken Opposition gegenüber sehen. Einstimmig haben die 26 sozialdemokratischen Abgeordneten ihren Vorsitzenden Käber, den Oppositionsführer im Schleswig-Holsteinischen Landtag, wiedergewählt. Der Finanz- und Wirtschaftsfachmann der schleswig-holsteinischen SPD, Eugen Lechner, wurde der Stellvertreter, und dem Fraktionsvorstand gehören ferner der frühere Wohnungsbauminister Walter Darm und der frühere Kultusminister Wilhelm Siegel an.

Die Sozialdemokraten im Kieler Landtag haben sich vorgenommen, aus der konstruktiven Opposition heraus verstärkt ihre Forderungen im Interesse der Bevölkerung gegen eine parlamentarisch schwach abgestützte Regierung durchzubringen. Ihre Vorstellungen lassen sich in fünf Punk-

ten zusammenfassen:

1. Die Bevölkerung Schleswig-Holsteins muß Lebensumstände erhalten, die denen des übrigen Bundesgebietes entsprechen. Industrie, Gewerbe und Handel müssen so kräftig werden, daß das Land nicht weiterhin bis 40 Prozent seiner Einnahmen vom Bund und den bessergestellten Ländern zu erhalten braucht. Das Land muß von den damit verbundenen Auflagen freikommen.
2. Dazu sind neue hochwertige und vor allem industrielle Arbeitsplätze notwendig. Die vorhandenen Arbeitsplätze müssen konjunkturell gesichert werden. Es darf einfach nicht angehen, daß es bei den Werften, in der Maschinenbau-Industrie und in der Textilbranche weiterhin Massenentlassungen und Kurzarbeit gibt.
3. In den Großstädten und im Ring um Hamburg muß endlich der Schichtunterricht beseitigt werden. Die Richtschnur dafür muß sein, daß es für jede Schulklasse einen Lehrer und einen Klassenraum gibt, und daß die Schülerzahl pro Klasse auf 30 gesenkt wird.
4. In Schleswig-Holstein muß endlich die Wohnungsnot für Jungverheiratete, Evakuierte und Ausgebombte und das Barackenland für die Heimatvertriebenen beseitigt werden. Rund 100 000 Wohnungen müssen unter Anspannung aller finanziellen Kräfte gebaut werden.
5. Der Straßenbau ist schneller voranzutreiben, um den Verkehrsstod besser Herr zu werden. Dabei ist der Schwerpunkt auf durchgehende Straßen in den dichtbesiedelten Gebieten und auf gute Verbindungen für die "Pendler" im Arbeiter-nahverkehr zu legen.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion handelt in Übereinstimmung mit dem Bezirksvorstand des Landes, der zum Wahlausgang erklärte, daß die SPD bei der Landtagswahl 1958 in Schleswig-Holstein mehr Stimmen als je zuvor erhalten hat. Wörtlich heißt es: "Die Sozialdemokraten haben als einzige Partei einen stetigen Zuwachs an Vertrauen erworben und werden auf dieser Grundlage mit Zuversicht weiterarbeiten. Sie unterstreichen ihre Auffassung, daß Schleswig-Holstein angesichts seiner Lage Sozialdemokraten in seiner Regierung braucht. Sozialdemokraten kennen nur die Aufgabe, dem Lande und seiner Bevölkerung zu dienen; sei es in der Regierung - sei es in der Opposition". + + +

Verantwortlich: i.V. Albert Exler